

**Beschlussprotokoll der 382. Sitzung des Akademischen Senates
der Humboldt-Universität zu Berlin
vom 10.12.2019**

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer:

Herr Prof. Heger, Herr Prof. Kipf, Herr Prof. Klapper, Herr Prof. Kulke, Herr Prof. Marksches, Frau Prof. Metzler, Frau Prof. Schreiber, Frau Prof. Schwalm, Frau Prof. Specht, Frau Prof. Vedder

Akademische MA:

Herr PD Dr. Flogaus, Frau Dr. Gründer, Frau Dr. Schaumburg

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Technik, Service und Verwaltung:

Herr Dr. Morgenstern, Herr Rauschenberg, Herr Dr. Steinborn, Frau Weigt

Studierende:

Herr Rüstemeier, Frau Sarbo, Frau Ziegler

Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Rede und Antragsrecht:

Vizepräsident (VPH): Herr Dr. Kronthaler

Vizepräsidentin (VPL): Frau Prof. Dr. Obergfell (10.15 Uhr bis 11.25 Uhr)

Personalrat (GPR): Frau Dewender (ab 10.00 Uhr)

Personalrat (HSB): Herr Stiller

Frauenbeauftragte: Frau Dr. Fuhrich-Grubert

Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Herr Fidalgo (Vorsitzender LSK, ab 10.15 Uhr), Frau Prof. Meyer (TOP 3), Herr Prof. Schmidt (TOP 3), Frau Prof. Fischer (TOP 4, TOP 6), Herr Kraft (TOP 12), Frau Pinzger (TOP 12), Herr Prof. Krüger (TOP 12), Frau Dr. Lindemann-von Trzebiatowski (PB1), Frau Seydel (PB1Büro), Herr Schröder (PB12, Protokoll)

Dauer der Sitzung: 09.15 bis 11.45 Uhr

**TOP 1:
Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnungspunkte 10 und 15 werden vertagt.

Die Tagesordnung wird in folgender Form genehmigt:

Nichtöffentlicher Teil

1. Bestätigung der Tagesordnung
2. Bestätigung des nicht-öffentlichen Teils des Protokolls des AS vom 12.11.2019
3. Berufungsliste für die W1-Professur "Feministische Philosophie" am Institut für Philosophie der Philosophischen Fakultät (AS 137/19)
4. Berufungsliste zur Besetzung der W3-S-Professur für "Experimentalphysik /Materialwissenschaften" am Institut für Physik der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (gemeinsame Berufung mit dem Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik im Forschungsverbund Berlin e.V.) (AS 134/19)

5. Benennung eines Mitglieds für die Vergabekommission für Promotionsstipendien nach dem Nachwuchsförderungsgesetz des Landes Berlin (NaFöG) ab 1. Oktober 2019 (AS 156/19)
6. W3-S-Professur „Elektronische Eigenschaften von Materialien/Röntgenanalytik“ (AS 157/19)
7. Verschiedenes

Öffentlicher Teil – Beginn gegen 10.15 Uhr

8. Bekanntgabe der Tagesordnung und Bestätigung des öffentlichen Teils des Protokolls des AS vom 12.11.2019
9. Berichte des Präsidiums/Anfragen
10. Verlängerung des Interdisziplinären Zentrums Computational Neuroscience (ICCN) als Interdisziplinäres Zentrum des Typs 3 der Humboldt-Universität zu Berlin (AS 151/19) - vertagt
11. Satzung zur Vergabe besonderer Leistungsbezüge in der W-Besoldung (AS 158/19)
12. Bericht der AG „Nachhaltigkeit“ (AS 159/19)
13. Antrag auf Änderung der Denomination der Professur „Geomatik“ in „Geofernerkundung“ (AS 154/19)
14. Antrag auf Präzisierung der Denomination der W3-Professur "Wissenschaftsforschung" zu "Wissenschaftsforschung mit Schwerpunkt Evaluationsforschung" (AS 160/19)
15. Zuweisung, Freigabe und Zweckbestimmung einer W3-Professur für „Prozessmanagement und Informationssysteme“ (Einstein-Profil-Professur) am Institut für Informatik der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (AS 141/19) - vertagt
16. Zuweisung, Freigabe und Zweckbestimmung einer W2-S-Professur für „Hybride Materialien: Formierung und Skalierung“ am Institut für Chemie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (gemeinsame Berufung mit dem Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie, HZB) (AS 155/19)
17. Verschiedenes

TOP 2:

Bestätigung des nicht-öffentlichen Teils des Protokolls des AS vom 12.11.2019

Der Akademische Senat bestätigt den nicht-öffentlichen Teil des Protokolls des AS vom 12.11.2019.

TOP 3:

Berufungsliste für die W1-Professur "Feministische Philosophie" am Institut für Philosophie der Philosophischen Fakultät (AS 137/19) - Ausschluss der Öffentlichkeit -

Frau Prof. Meyer und Herr Prof. Schmidt erläutern die Vorlage.

Der Akademische Senat stimmt über die Vorlage AS 137/2019 ab.

Protokoll der Diskussion und Abstimmung siehe Anlage 1.

TOP 4:

**Berufungsliste zur Besetzung der W3-S-Professur für
"Experimentalphysik/Materialwissenschaften" am Institut für Physik der
Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (gemeinsame Berufung mit
dem Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik im Forschungsverbund Berlin
e.V.) (AS 134/19)
- Ausschluss der Öffentlichkeit -**

Frau Prof. Fischer erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst den Beschluss AS 134/2019:

**Der Akademische Senat stimmt der Berufungsliste zur Besetzung der Stelle
einer W3-S-Professur für „Experimentalphysik/Materialwissenschaften" am
Institut für Physik der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät
(gemeinsame Berufung mit dem Paul-Drude-Institut für Festkörperelektronik
im Forschungsverbund Berlin e.V.) zu.**

Protokoll der Diskussion und Abstimmung siehe Anlage 2.

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 6 wird vorgezogen.

TOP 6:

**Berufungsliste zur Besetzung der W3-S-Professur für „Elektronische
Eigenschaften von Materialien/Röntgenanalytik" am Institut für Physik der
Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (gemeinsame Berufung mit
dem Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie, HZB)
(AS 157/19)
- Ausschluss der Öffentlichkeit –**

Frau Prof. Fischer erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst den Beschluss AS 157/2019:

**Der Akademische Senat stimmt der Berufungsliste zur Besetzung der Stelle
einer W3-S-Professur für „Elektronische Eigenschaften von
Materialien/Röntgenanalytik" am Institut für Physik der Mathematisch-
Naturwissenschaftlichen Fakultät (gemeinsame Berufung mit dem Helmholtz-
Zentrum Berlin für Materialien und Energie, HZB) zu.**

Protokoll der Diskussion und Abstimmung siehe Anlage 3.

TOP 5:

**Benennung eines Mitglieds für die Vergabekommission für
Promotionsstipendien nach dem Nachwuchsförderungsgesetz des Landes Berlin
(NaFöG) ab 1. Oktober 2019 (AS 156/19)
- Ausschluss der Öffentlichkeit -**

Herr Dr. Kronthaler erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst per Akklamation den Beschluss AS 156/2019:

Folgende Professorin wird dem Akademischen Senat der Humboldt-Universität zu Berlin für die Nominierung ab dem 01.10.2019 empfohlen:

**Frau Prof. Dr. Artemis Alexiadou
(Sprach- und literaturwissenschaftliche Fakultät, Institut für Anglistik und Amerikanistik)**

Protokoll der Diskussion und Abstimmung siehe Anlage 4.

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes 6 wurde vorgezogen.

**TOP 7:
Verschiedenes
- Ausschluss der Öffentlichkeit -**

Protokoll der Diskussion siehe Anlage 5.

**TOP 8:
Bekanntgabe der Tagesordnung und Bestätigung des öffentlichen Teils des
Protokolls des AS vom 12.11.2019**

Herr Fidalgo äußert einen Änderungswunsch für den öffentlichen Teils des Protokolls des AS vom 12.11.2019.

Der Akademische Senat bestätigt den öffentlichen Teil des Protokolls des AS vom 12.11.2019 mit der gewünschten Änderung.

**TOP 9:
Berichte des Präsidiums/Anfragen**

Herr Dr. Kronthaler berichtet zu:

- dem Aktionstag gegen sexualisierte Diskriminierung und Gewalt am 25.11.2019 und die in diesem Rahmen stattgefundenen Flyer-Aktionen der zentralen und der dezentralen Frauenbeauftragten. Herr Dr. Kronthaler dankt Frau Dr. Fuhrich-Grubert und den dezentralen Frauenbeauftragten für ihr Engagement.
- der Berlin University Alliance. Er informiert über die Veröffentlichung des Textes des Verbandantrages auf der Internetseite der BUA sowie darüber, dass grundsätzliches Einverständnis bestehe, dass die im Antrag beschriebene *Collaboration Platform* als zentrales Projekt des Verbundes nun vorangetrieben und umgesetzt werden solle. Das für die Einsetzung der *Collaboration Platform* als Körperschaft des öffentlichen Rechts erforderliche Errichtungsgesetz werde derzeit von der Senatskanzlei in enger Abstimmung mit den Verbundpartnern erarbeitet. Parallel dazu beginne die Erarbeitung einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Häusern, in der die inhaltliche Ausgestaltung der *Collaboration Platform* geregelt werden solle.
- dem Wissenschaftscampus für Natur und Gesellschaft, der gemeinsam durch die HU und das Museum für Naturkunde auf der Liegenschaft in der Invalidenstraße 42 und 43 eingerichtet werden solle. Am 29.11.2019 sei eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Museum, der HU und dem Land abgeschlossen worden, in der die Rahmenbedingungen für die künftige Nutzung der Liegenschaft festgehalten seien. Er gibt Details zur künftigen Nutzung sowie zur Förderung des Projektes durch den Bund und das Land bekannt.
- der in der letzten AS-Sitzung erbetenen Aufstellung des bei der Besetzung des Instituts für Sozialwissenschaften im Jahr 2017 entstandenen Schadens. Diese werde dem Protokoll beigelegt, siehe Anlage 6.
- dem Ausscheiden Herrn Schwalgins, des langjährigen Leiters der Technischen Abteilung, aus der HU.

- dem Personalentwicklungskonzept, das fertiggestellt und bei der Senatskanzlei eingereicht worden sei. Er teilt mit, dass die erste Sitzung der Steuerungsgruppe stattgefunden und diese sich auf sechs prioritär zu bearbeitende Punkte verständigt habe. Es handle sich dabei um die Themen Eingruppierung, Jahresgespräche, Überlast, Führungskräfteauswahl und –qualifikation, Gleichstellung von Drittmittelbeschäftigten und Haushaltsbeschäftigten bei den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Personalgewinnung. Der AS werde, wie vereinbart, im Sommer 2020 einen Fortschrittsbericht erhalten.
- der bereits im AS erörterten Ballungsraumzulage für Landesbedienstete, von der nach den derzeitigen Plänen des Landes die Beschäftigten der Hochschulen ausgenommen blieben. Die Landesrektorenkonferenz habe dagegen protestiert und um eine Einbeziehung der Hochschulbeschäftigten sowie um Bereitstellung der entsprechenden Finanzierung gebeten. Nachdem es diesbezüglich keine Fortschritte gegeben habe, habe die Landesrektorenkonferenz auch die Abgeordneten des Abgeordnetenhauses persönlich angeschrieben.
- dem Thema „Reisekostenrecht und Klimaschutz“. Hinsichtlich des Klimaschutzes gebe es im Berliner Reisekostenrecht zwei Hemmnisse: Derzeit müsse nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit das günstigste Beförderungsmittel gewählt werden, der Klimaschutz sei kein Kriterium. Zudem sei im Berliner Reisekostenrecht keine CO₂-Kompensation vorgesehen. Die Landesrektorenkonferenz habe sich mit einer Bitte um entsprechende Änderungen des Reisekostenrechts an den Regierenden Bürgermeister gewandt, siehe Anlage 7.

Frau Prof. Obergfell berichtet zu:

- einem VPL-Netzwerktreffen, das am 26.11.2019 stattgefunden habe. Die Vizepräsidentin lobt die Entwicklung des Netzwerks und weist darauf hin, dass sieben Mitglieder des Netzwerks, darunter sie selbst, in die Ständige Kommission für Lehre und Studium der Hochschulrektorenkonferenz gewählt worden seien.
- dem Humboldt-Bachelor. Sie berichtet, dass in den vergangenen Wochen und Monaten sehr intensiv am Humboldt-Bachelor gearbeitet worden sei, ehe man am 27.11.2019 wider Erwarten vom Land die Nachricht erhalten habe, dass dieses der Einführung des Humboldt-Bachelors nicht zustimmen werde. Die Vizepräsidentin bringt ihr Unverständnis und ihre Verärgerung über diese Entscheidung zum Ausdruck, zumal man über lange Zeit mit dem Land in Kontakt gestanden, Konzepte vorgelegt und alle Fragen beantwortet habe. Trotz der Absage des Landes halte sie die Idee, Interdisziplinarität in ein Studienprogramm einzubringen, nach wie vor für richtig. Es solle nun überlegt werden, wie man dies auf andere Weise bewerkstelligen könne. Sie dankt allen an der Entwicklung des Humboldt-Bachelors Beteiligten für ihr Engagement und bittet die AS-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer, ihren Dank weiterzutragen.
- der Einführung des Studiengangs „Bildung an Grundschulen“ für die Fächer Evangelische Theologie, Islamische Theologie und Katholische Theologie. Die Einführung des Studiengangs für die drei Theologien sei für das Wintersemester 2020/21 vorgesehen, das Verfahren zur Einführung laufe derzeit wie geplant. Die Vizepräsidentin informiert, insbesondere mit Blick auf die Beschreitung des Gremienwegs, über die erfolgten und anstehenden Schritte, die zur Einführung erforderlich seien.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des AS stellen Nachfragen und machen Anmerkungen zu:

- Herrn Dr. Kronthalers Aussagen zum Thema „Reisekostenrecht und Klimaschutz“. Es wird erklärt, dass es an der HTW eine Vorgabe gebe, bei Dienstreisen bis zu einer bestimmten Länge auf das Flugzeug zu verzichten. Die HTW habe also offenbar auch ohne eine Änderung des Reisekostenrechts, die sicherlich sinnvoll sei, einen Weg gefunden, eine Vorgabe zur Verkehrsmittelwahl bei Dienstreisen im Sinne des Klimaschutzes zu machen. Ein diesbezüglicher Austausch mit der HTW wird angeregt.

Herr Dr. Kronthaler erklärt, dass die HTW in der entsprechenden LKRP-Sitzung vertreten gewesen sei, sich dazu aber nicht geäußert habe. Womöglich sei auch die HTW über eine rechtliche Klarstellung froh. Er könne sich in der Sache aber bei der HTW erkundigen.

- der Anzahl der an der HU aus Haushaltsmitteln und aus Programmpauschalmitteln finanzierten Stipendien. Hintergrund der Anfrage sei, dass sich die HU u.a. im Personalentwicklungskonzept dazu bekannt habe, nach Möglichkeit ein Beschäftigungsverhältnis einem Promotionsstipendium vorzuziehen, es durch auslaufende Exzellenzmittel diesbezüglich jedoch zu Veränderungen komme.

Herr Dr. Kronthaler erklärt, die Anfrage an Herrn Prof. Frensch weiterzuleiten.

- Werbeaktivitäten vor der Mensa im Hauptgebäude der HU, die bereits in vergangenen Sitzungen des Akademischen Senats angesprochen worden seien. Es wird erklärt, dass sich die Situation verschlimmert habe. Die Werbestände würden vor den Informationswänden der Studierendenschaft aufgestellt und behinderten oftmals den Durchgangsverkehr in dem betroffenen Flur. Es wird erfragt, ob sich das Präsidium in der Frage der Werbeaktivitäten bereits an das Studierendenwerk gewandt habe.

Herr Dr. Kronthaler erklärt, dass sich das Präsidium seit der diesbezüglichen Anfrage im AS mit dieser Angelegenheit befasse. Die UL habe mehrfach darüber beraten, sei aber noch zu keinem Ergebnis gekommen. Er stellt klar, dass, anders als im AS behauptet worden sei, ein Grundsatzbeschluss zur Werbefreiheit an der HU nicht existiere. Eine Behinderung des Durchgangsverkehrs durch Werbestände dürfe es indessen keinesfalls geben.

- dem Stand hinsichtlich der Frage der „gelebten“ Namen auf Zeugnissen, die in der letzten AS-Sitzung unter Verweis auf ein Gutachten von Frau Prof. Lembke angesprochen worden sei.

Frau Prof. Oberfell erklärt, dass derzeit geprüft werde, wie dies umgesetzt werden könne. Es habe dazu auch im Jour fixe der Studiendekaninnen und Studiendekane einen TOP gegeben.

TOP 10:

Verlängerung des Interdisziplinären Zentrums Computational Neuroscience (ICCN) als Interdisziplinäres Zentrum des Typs 3 der Humboldt-Universität zu Berlin (AS 151/19)

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes wurde vertagt.

TOP 11:

Satzung zur Vergabe besonderer Leistungsbezüge in der W-Besoldung (AS 158/19)

Herr Dr. Kronthaler erläutert die Vorlage.

Mitglieder des AS machen auf die Bedeutung einer ausreichenden Bereitstellung von Finanzmitteln aufmerksam. Sie erklären unter Verweis auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass sichergestellt werden müsse, dass die Summe der zu vergebenden Mittel nicht zu gering ausfalle und erfragen wie hoch der auszuschüttende Betrag sei.

Herr Dr. Kronthaler kündigt an, die Frage der Höhe der Finanzmittel mit der Personalabteilung zu klären. Er lädt Frau Prof. Schreiber und Herrn Prof. Heger ein, sich stellvertretend für die Gruppe der Professorinnen und Professoren daran zu beteiligen. Über das Ergebnis werde er im AS berichten.

Der AS erörtert die Zusammensetzung der gemäß Satzung ausschließlich aus Professorinnen und Professoren bestehenden Gutachterkommissionen. Hinsichtlich der Gründe für die Zusammensetzung wird darauf hingewiesen, dass es um besondere Leistungsbezüge für Professorinnen und Professoren gehe und es üblich sei, dass die Gruppe der Betroffenen selbst darüber entscheide, ob eine gute oder sehr gute Leistung einer Professorin oder eines Professors vorliege.

Gleichwohl könnten die Kommissionen zur Entscheidungsfindung auch Informationen nutzen, die von nicht-professoralen Personen stammten. Herr Dr. Kronthaler erklärt, dass die Kommissionen darauf hingewiesen werden sollten, für ihre Entscheidungen alle verfügbaren Informationen zu nutzen, unabhängig davon, ob diese von Professorinnen und Professoren oder Angehörigen anderer Gruppen stammten.

Der Akademische Senat verzichtet bei 3 Enthaltungen auf eine zweite Lesung.

Der Akademische Senat fasst mit einer Nein-Stimme bei 7 Enthaltungen den Beschluss AS 158/2019:

I. Der Akademische Senat beschließt die Satzung zur Vergabe besonderer Leistungsbezüge in der W-Besoldung gem. Anlage.

II. Mit der Umsetzung wird der Vizepräsident für Haushalt, Personal und Technik beauftragt.

**TOP 12:
Bericht der AG „Nachhaltigkeit“ (AS 159/19)**

Herr Kraft, Frau Pinzger und Herr Prof. Krüger erläutern die Vorlage. Sie stellen die AG „Nachhaltigkeitskompetenzzentrum“ sowie die Ergebnisse der Arbeit der AG vor. Der Ist-Zustand hinsichtlich der CO₂-Emissionen der HU sei aufgearbeitet und von Herrn Hannemann, dem Energiemanager der HU, die CO₂-Bilanz der Universität erstellt worden. Die AG habe sich damit befasst, welche Aktivitäten zur Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz es in den vergangenen zwei Jahrzehnten an der HU gegeben habe. Diese Aktivitäten, über die ein Überblick gegeben wird, seien zumeist auf die Initiative Einzelner bzw. studentisches Engagement zurückzuführen. Nun gelte es, gemeinsam und systematisch daran zu arbeiten, die HU klimafreundlicher und nachhaltiger zu gestalten, und die Thematik an der Universität breit zu verankern. Die AG habe sich daher hinsichtlich des Nachhaltigkeitskompetenzzentrums auf drei Hauptsäulen verständigt: eine Klimamanagerin oder -manager, eine Ständige Kommission des Akademischen Senats mit dem Namen „Kommission für Nachhaltige Universität (KNU)“ sowie das Nachhaltigkeitsbüro. Diese drei Punkte werden im Einzelnen vorgestellt und mehrere Handlungsempfehlungen der AG präsentiert.

Herr Dr. Kronthaler und Mitglieder des AS danken den Beteiligten für ihr Engagement.

Der AS diskutiert die Vorlage. Hinsichtlich des Beschlusstextes bzw. des Abschlussberichtes, auf den im Beschlusstext verwiesen wird, werden u.a. folgende Punkte angesprochen:

- die Besetzung der „Kommission für Nachhaltige Universität (KNU)“. Mit Verweis darauf, dass die Mitglieder einer Kommission des Akademischen Senats von den Statusgruppen des AS zu benennen seien, wird problematisiert, dass im Abschlussbericht bereits Namen künftiger Kommissionsmitglieder genannt würden. Der AS erörtert zudem die Frage der angemessenen Größe der Kommission, für die im Bericht eine 3-3-3-3-Zusammensetzung genannt werde. Es wird diskutiert, ob eine 2-2-2-2-Besetzung vorzuziehen sei. Ein Meinungsbild wird eingeholt und dabei festgestellt, dass der AS mehrheitlich der Ansicht ist, dass die Kommission paritätisch mit jeweils 3 Mitgliedern jeder Statusgruppe besetzt werden solle.
- die Größe der im Abschlussbericht im Zusammenhang mit der Kommission Nachhaltige Universität (KNU) vorgesehenen AGs. Es wird problematisiert, dass diese nach der im Abschlussbericht vorgeschlagenen Zusammensetzung eine sehr hohe Mitgliederzahl erreichten.
- die Beschlusskompetenzen der Kommission, die im Abschlussbericht vorgesehen seien. Es wird angemerkt, dass der AS nur Beschlusskompetenzen übertragen könne, über die er selbst verfüge. In den betreffenden Fragen habe der AS jedoch keine Beschlusskompetenzen.

- die im Abschlussbericht vorgesehene Einrichtung der Kommission als *Ständige* Kommission des AS. Es wird darauf hingewiesen, dass die Einrichtung der Kommission Nachhaltige Universität (KNU) als Ständige Kommission einer Verfassungsänderung bedürfe. Da dies eine große zeitliche Verzögerung mit sich bringen würde, solle die Kommission als beratende Kommission eingerichtet werden, was sofort geschehen könne. Über die Umwandlung der Kommission in eine Ständige Kommission könne zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die beratende Kommission ihre Arbeit aufgenommen habe, entschieden werden.
- die Beteiligung der zentralen Frauenbeauftragten sowie der Personalvertretung in der Kommission.

Auf Grund der vom AS problematisierten Punkte des Abschlussberichts wird vorgeschlagen, im Beschlusstext unter Punkt II die Worte „entsprechend dem Bericht in der Anlage“ zu streichen. Ferner wird vorgeschlagen, in den Beschlusstext einzufügen, dass der AS den Abschlussbericht *dankend* zur Kenntnis nimmt, dass die Kommission paritätisch mit 3 Mitgliedern jeder Statusgruppe besetzt wird, dass die zentrale Frauenbeauftragte und die Personalvertretung in der Kommission zu beteiligen sind.

Die Statusgruppen werden gebeten, ihre Besetzungsvorschläge bis zum 14.01.2020 vorzulegen.

Der Akademische Senat fasst einstimmig den um die o.g. Änderungen modifizierten Beschluss AS 159/2019:

I. Der Akademische Senat nimmt den „Abschlussbericht der Akademischen Senats AG *Nachhaltigkeitskompetenzzentrum*“ dankend zur Kenntnis.

II. Der Akademische Senat richtet eine beratende Kommission mit dem Namen *Kommission für Nachhaltige Universität (KNU)* ein. Diese Kommission wird paritätisch mit 3 Mitgliedern jeder Statusgruppe besetzt. Die zentrale Frauenbeauftragte und die Personalvertretung sind zu beteiligen.

Herr Dr. Morgenstern erinnert daran, dass noch immer Mitgliederbenennungen für die Kommission Barrierefreie Hochschule ausstünden. Einzig die Statusgruppe der MTSV habe bislang Mitglieder benannt.

Frau Prof. Schwalm berichtet, dass die EPK die Anträge der Tagesordnungspunkte 13 und 14 für unverfänglich befunden und diese befürwortet habe.

Der AS stimmt die Tagesordnungspunkte 13 und 14 en bloc ab.

TOP 13:

Antrag auf Änderung der Denomination der Professur „Geomatik“ in „Geofernerkundung“ (AS 154/19)

Frau Prof. Schwalm erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst einstimmig den Beschluss AS 154/2019:

Der Akademische Senat beschließt die Änderung der Denomination der Professur „Geomatik“ in „Geofernerkundung“ am Geographischen Institut der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät.

TOP 14:

Antrag auf Präzisierung der Denomination der W3-Professur "Wissenschaftsforschung" zu "Wissenschaftsforschung mit Schwerpunkt Evaluationsforschung" (AS 160/19)

Frau Prof. Schwalm erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst einstimmig den Beschluss AS 160/2019:

- I. Der Akademische Senat der Humboldt-Universität zu Berlin beschließt die Präzisierung der Zweckbestimmung einer W3-Professur (besetzt nach W2 mit Tenure-Track nach W3) am Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft (IBI) von ursprünglich „Wissenschaftsforschung“ in „Wissenschaftsforschung mit Schwerpunkt Evaluationsforschung“.**
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt der Akademische Senat die Präsidentin.**

TOP 15:

Zuweisung, Freigabe und Zweckbestimmung einer W3-Professur für „Prozessmanagement und Informationssysteme“ (Einstein-Profil-Professur) am Institut für Informatik der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (AS 141/19)

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes wurde vertagt.

TOP 16:

Zuweisung, Freigabe und Zweckbestimmung einer W2-S-Professur für „Hybride Materialien: Formierung und Skalierung“ am Institut für Chemie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (gemeinsame Berufung mit dem Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie, HZB) (AS 155/19)

Frau Prof. Schwalm erläutert die Vorlage und berichtet aus der EPK.

Die EPK habe keine Einwände gegen den Antrag gehabt. Sie teilt mit, dass ein ad-personam-Verfahren für eine Wissenschaftlerin vorgesehen und die zentrale Frauenbeauftragte erfreut darüber sei, dass die Professur mit einer Frau besetzt werden solle.

Es wird erfragt, was die in der Vorlage unter Punkt 6 „Haushaltsmäßige Auswirkungen“ zu findende Aussage, dass das HZB *alle* mit der Berufung verbundenen Kosten dauerhaft finanzieren werde, genau bedeute. Herr Dr. Kronthaler erklärt, dass damit wohl alle *direkt* mit der Berufung verbundenen Kosten gemeint seien.

Herr Dr. Kronthaler teilt mit, dass der im Beschlusstext formulierte Vorbehalt der erfolgreichen Antragsstellung im W2/W3 Erstberufungsprogramm der Helmholtz-Gemeinschaft gestrichen werden könne, da diese inzwischen erfolgt sei.

Das Votum der EPK war einstimmig positiv.

Die EPK stellt fest, dass die Professur nicht im Strukturplan enthalten ist.

Der Akademische Senat fasst bei 4 Enthaltungen den um die o.g. Änderung modifizierten Beschluss AS 155/2019:

- I. Der Akademische Senat beschließt die Zuweisung, Freigabe und Zweckbestimmung einer W2-S-Professur für „Hybride Materialien: Formierung und Skalierung“ am Institut für Chemie der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät (gemeinsame Berufung mit dem Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie, HZB).**
- II. Mit der Umsetzung des Beschlusses wird die Präsidentin beauftragt.**

**TOP 17:
Verschiedenes**

Herr Fidalgo berichtet von Problemen im Zusammenhang mit einer geplanten Party der Fachschaft Sozialwissenschaften, die im Institut für Sozialwissenschaften stattfinden sollte. Die Technische Abteilung verweigere unter Verweis auf Haftungsfragen die Genehmigung, obwohl derartige Partys von der Verwaltungsvereinbarung zwischen HU und Studierendenschaft abgedeckt seien und dabei stets die Studierendenschaft hafte. Herr Dr. Kronthaler erklärt, von der Angelegenheit bislang keine Kenntnis gehabt zu haben. Er werde der Sache nachgehen.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Kronthaler wünscht den Anwesenden erholsame und fröhliche Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Der Sitzungsleiter schließt die Sitzung.

Dr. Ludwig Kronthaler
Sitzungsleiter

Marc Schröder
Protokoll

Kosten durch Besetzung Universitätsstr. 3 b

lfd.-Nr.	Bezeichnung	Status	Auftrags-Nr.	Kosten
1	Sicherheit - Absicherung Demonstration "Holm - bleibt"	Rechnung	46524	499,27 €
2	Sicherheit - zusätzliche Streifentätigkeit	Rechnung	46862	855,89 €
3	Sicherheit - zusätzliche Bewachung (01.03.2017 bis 06.03.2017 zur Verhinderung Wiederbesetzung)	Rechnung	47308	3.888,41 €
4	Malerarbeiten (Seminarräume 002 / 003)	Rechnung	46031	7.802,33 €
5	Malerarbeiten KG / 1. OG	Rechnung	47635	3.550,27 €
6	Glasschaden EG	Rechnung	47271	896,18 €
7	Malerarbeiten EG (Graffiti / Laibungen)	Rechnung	48475	1.873,98 €
8	Grundreinigung der besetzten Bereiche	Rechnung	diverse	14.223,87 €
9	Malerarbeiten Wände	Rechnung	48380	9.380,63 €
				42.970,83 €

Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen

Der Vorsitzende

BERLIN

TU Berlin · Der Präsident · K 31 · Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin

Regierender Bürgermeister von Berlin
Senatskanzlei
– Wissenschaft und Forschung
Warschauer Str. 41/42
10243 Berlin

Geschäftsstelle der LKRP
Bearbeiter: Stefan Ahlswede
Tel.: 030 / 314-22803
Fax: 030 / 314-26922
E-Mail: info@lkrp-berlin.de

.11.2019

Reisekostenrecht und Klimaschutz

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,

die Berliner Hochschulen haben den Schutz des Klimas und den aktive Wandel zu klimafreundlichem Verhalten als wichtige Aufgabe ihres Handelns erkannt. Neben zahlreichen weiteren Maßnahmen haben sich so beispielsweise bereits etwa 1000 Wissenschaftler*innen an Berliner Hochschulen einem Aufruf folgend bereit erklärt, künftig auf dienstliche Kurzstreckenflüge bis 1000 km zu verzichten.

Damit es gelingt, den Klimawandel zu gestalten, ist es jedoch nötig, das geltende Reisekostenrecht an Berlins Hochschulen anzupassen. Klimafreundlichkeit ist bislang kein Kriterium des Reisekostenrechts. So ist der Verzicht auf dienstliche Kurzstreckenflüge bisher nur rechtens, wenn das stattdessen gewählte Verkehrsmittel wirtschaftlicher ist. Sollte ein Flug die wirtschaftlichste Art der Beförderung sein, muss der Flug gewählt werden. Zwar kann die Dienststelle Ausnahmen zulassen, doch ein regelhaftes Abweichen ist dadurch nicht gedeckt.

Ähnlich unbefriedigend ist die Situation hinsichtlich einer CO₂-Kompensation von Dienstreisen. Derartiges ist im Reisekostenrecht nicht vorgesehen. Die Junge Akademie hat gerade vorige Woche, am 19.11.2019 gefordert, diesen Missstand bundesweit zu beheben. Die Berliner Landesverwaltung behilft sich außerhalb des Reisekostenrechts mit einer entfernungsabhängigen Emissionsabgabe für Dienstflüge – nicht aber für andere Verkehrsmittel –, die von den Reisekostenstellen jeweils am Jahresende ermittelt und an die Stiftung Naturschutz Berlin gezahlt wird. Für die Berliner Hochschulen wäre ein solcher Weg nur für den Teil der Dienstreisen gangbar, der aus Haushaltsmitteln finanziert ist. Für den erheblichen Teil der aus Drittmitteln finanzierten Dienstreisen hingegen ist dieses Verfahren nicht geeignet: Selbst falls Mittelgeber eine CO₂-Kompensation zu finanzieren bereit wären, ist nicht erkennbar, wie dies vor dem geltenden Reisekostenrecht möglich sein sollte, das solches nicht vorsieht.

Ich bitte Sie deshalb, eine Änderung des für die Berliner Verwaltung und Hochschulen geltenden Reisekostenrechts einzuleiten und dieses für Klimaschutzaspekte zu öffnen. So könnte der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Landeshaushaltsordnung unter den Vorbehalt des Umwelt- und Klimaschutzes gestellt werden bei entsprechender Anpassung des Landesbeamtengesetzes; die dortigen Einschränkungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) sollten aufgehoben werden. Ohne diese Einschränkung im Landesbeamtengesetz wäre es darüber hinaus möglich, bei Bahnfahrten von mindestens zwei Stunden die erste Klasse zu benutzen, wie es das BRKG vorsieht. Dies würde die Akzeptanz auch längerer Bahnfahrten gegenüber Flügen deutlich erhöhen, da die Reisezeit in ruhiger Umgebung als Arbeitszeit genutzt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Christian Thomsen
Vorsitzender